

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Böhm (Melsungen), Dr. Wallmann, Kroll-Schlüter, Dr. Marx,
Frau Pieser, Dr. Klein (Göttingen) und Genossen**

betr. Aufnahme von ehemaligen Häftlingen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland, die unter die DDR-Amnestie fielen

In der deutschen Tagespresse halten sich auch nach Abschluß der von der DDR erlassenen Amnestie für Strafgefangene hartnäckige Behauptungen, wonach etwa die Hälfte der in die Bundesrepublik Deutschland entlassenen Amnestierten „Kriminelle“ seien. Dagegen hat der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, stets erklärt, daß nur ein geringer Teil der rund zweitausend in die Bundesrepublik gekommenen Amnestierten nicht „politische Straftäter“ sei. Damit die ehemals ausschließlich aus politischen Gründen Inhaftierten, die gemeinsam mit Kriminellen von den SED-Behörden der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geschickt worden sind, nicht widersprüchlicher Darstellung ausgesetzt werden, sondern ihnen geholfen wird, ist es notwendig, die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Zusammenhänge zu informieren und den Versuch der DDR zurückzuweisen, durch gemeinsame Entlassung von politischen und kriminellen Häftlingen die politischen Häftlinge bewußt zu diskreditieren.

Deshalb fragen wird die Bundesregierung:

1. Wie viele Häftlinge – aufgeschlüsselt nach politischen und kriminellen – sind seit Ende September 1972 in die Bundesrepublik Deutschland aus der DDR abgeschoben worden?
2. Wie viele der ehemaligen Häftlinge – politische und nicht-politische – haben verwandtschaftliche Bindungen ersten Grades zu Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, und wie viele davon haben keine verwandtschaftlichen Bindungen in der Bundesrepublik Deutschland?
3. Wie viele Häftlinge – wie darin aufgeschlüsselt – sind nach Kenntnis der Bundesregierung gegen ihren Willen in die Bundesrepublik Deutschland geschickt worden?

4. Wie hoch ist die Summe der finanziellen Mittel, die an die ehemaligen Häftlinge in Form von Entlassungs-, Begrüßungs- und Übergangsgeldern gezahlt wurden, und welche Aufwendungen wurden darüber hinaus gemacht?
5. Wie viele haben Entschädigungsansprüche nach dem Häftlingshilfegesetz geltend gemacht, und in welcher Gesamthöhe, und wie viele haben tatsächlich finanzielle Hilfeleistungen zu erwarten und in welcher Gesamthöhe?
6. Ist es zutreffend, daß die Regierungsstellen, weil die Häftlinge die notwendigen Dokumente nicht mitbrachten, bei der Beurteilung der Haftgründe der Entlassenen weitgehend nur auf deren eigene Aussagen angewiesen sind? Wie kann verhindert werden, daß aus nichtpolitischen Gründen Verurteilte durch falsche Angaben gegenüber den Bundes- und Länderbehörden über ihre Haftgründe bzw. politische Häftlinge durch falsche Angaben über ihre Haftdauer unrechtmäßige oder überhöhte Entschädigungsansprüche erhalten?
7. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Kosten, die durch zu zahlenden Lastenausgleich an die ehemaligen Häftlinge entstehen?
8. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Kosten, die durch die Familienzusammenführung im Zusammenhang mit Amnestierten entstehen?
9. Wie viele der von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommenen Amnestierten sind hier bereits straffällig geworden und ggf. zu welchen Strafen verurteilt worden?

Bonn, den 7. Juni 1973

Böhm (Melsungen)
Dr. Wallmann
Kroll-Schlüter
Dr. Marx
Frau Pieser
Dr. Klein (Göttingen)
Dr. Abelein
Dr. Czaja
Damm
Entrup
Franke (Osnabrück)
Freiherr von Fircks
Gerster (Mainz)
Dr. Götz
Haase (Kassel)
Handlos
Dr. Heck
Dr. Hornhues
Dr. Hupka
Jäger (Wangen)
Josten
Klepsch
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Lenz (Bergstraße)
Dr. Mende
Dr. Mertes (Gerolstein)
Dr. Müller (München)
Orgaß
Pfeiffermann
Pfeifer
Rawe
Reddemann
Rollmann
Roser
Sauer (Salzgitter)
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein
Schmöle
Schröder (Lüneburg)
Springorum
Dr. Starke (Franken)
de Terra
Thürk
Dr. Todenhöfer
Wissebach
Baron von Wrangel